



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Nachhaltige Haushaltspolitik ist Markenzeichen der Union

Konjunkturpaket verabschiedet

Die vergangenen drei Jahre haben gezeigt: Die Union ist der Garant für eine solide Haushaltspolitik. Wir haben die Neuverschuldung drastisch reduziert. Erstmals seit vier Jahren haben wir 2006 wieder einen Haushalt vorgelegt, der den Maastricht-Kriterien entspricht. Bereits im Jahr 2007 hatten wir einen ausgeglichenen Gesamthaushalt, die Neuverschuldung des Bundes lag auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg zwingt uns nun jedoch zu einschneidenden Schritten, um Arbeitsplätze zu erhalten und den Standort Deutschland in der Krise zu stärken. Damit verbunden ist eine deutlich höhere Neuverschuldung als geplant. Dank der Erfolge bei der Haushaltssanierung sind wir für diese Herausforderung deutlich besser gerüstet als die meisten anderen Länder.

Diese Entscheidung bedeutet jedoch in keiner Weise, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von einer seriösen Haushaltspolitik verabschiedet. Gerade weil wir wissen, dass neue Schulden jetzt unvermeidbar sind, legen wir jetzt schon die rechtliche Grundlage für eine zügige Haushaltskonsolidierung nach Überwindung der Krise.

Die Zwischenergebnisse der Föderalismuskommission zeigen: Wir sind auf einem gutem Weg. Wir werden uns mit den Ländern auf eine gemeinsame Schuldenbremse einigen. Damit

stellen wir sicher, dass übermäßige Schulden den Staat nicht handlungsunfähig machen. Die Haushaltskonsolidierung ist aber auch ein Gebot im Sinne der jüngeren und nachfolgenden Generationen. Damit wird klar: CDU/CSU bleiben konsequent auf dem Kurs einer soliden Haushaltspolitik.

Mit den umfangreichen Maßnahmen des „Konjunkturpakets II“ wollen wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten und dadurch die Kaufkraft erhöhen. Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und der Förderung von Qualifikation bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit und stellen sicher, dass den Unternehmen in Deutschland auch nach der Krise gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Umfangreiche staatliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur stärken den Standort Deutschland und sorgen dafür, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen werden.

U. a. sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Anhebung des Grundfreibetrags, Absenkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent, einmaliger Kinderbonus für 2009 in Höhe von 100 Euro pro Kind, Erhöhung des Regelsatzes für Kinder in der Grundsicherung Arbeitssuchender/Sozialhilfeempfänger, Erleichterung der Voraussetzungen bei der Einführung von Kurzarbeit, Finanzierung bei Umschulungen zu Alten- und Krankenpflegern durch die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2009 und 2010.

Lissabon-Vertrag vor dem Verfassungsgericht

Vor dem Bundesverfassungsgericht fand in dieser Woche die mündliche Verhandlung zur Verfassungsmäßigkeit des EU-Reformvertrages statt. Als Vorsitzender des Europaausschusses des Bundestages stand Gunther Krichbaum an der Spitze einer Abgeordnetendelegation, die an der Verhandlung teilnahm. In einem Statement betonte Krichbaum die intensiven Beratungen, die im Bundestag und seinen Ausschüssen zum Lissabon-Vertrag durchgeführt wurden. Das Parlament sei abschließend mit fast 90% Zustimmung der Überzeugung gewesen, dass der Vertrag die verfassungsrechtlichen Vorgaben einhalte. Krichbaum verwies darüber hinaus noch einmal auf die Notwendigkeit der durch den Vertrag ermöglichten grundlegenden Reform der EU-Strukturen. Europa müsse dringend handlungsfähiger und demokratischer werden.

SPD verweigert Entlastungen beim Agrardiesel

Wie jedes andere Unternehmen sind auch die Betriebe der deutschen Land- und Forstwirtschaft von der aktuellen wirtschaftlichen Lage betroffen. Die Unionsfraktion hat in den letzten Tagen und Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass es aus diesem Grund längst überfällig ist, die massive Ungleichbehandlung der deutschen Bauern gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern zu reduzieren. Während deutsche Bauern durchschnittlich 40 Cent je Liter Diesel Steuern zahlen, liegt der Steuersatz in Frankreich nur bei 0,66 Cent je Liter. Dänische Landwirte zahlen sogar nur 0,33 Cent je Liter. Aber egal, was die Union an sinnvollen Vorschlägen in den Beratungen vorgebracht hat – ob eine Absenkung des Selbstbehaltes oder eine Anhebung der Obergrenze von derzeit 10.000 Liter: die SPD lehnt kategorisch jede kleinste Änderung bei der Agrardieselbesteuerung ab. Damit verspielen die Sozialdemokraten aus rein ideologischen Gründen die wirtschaftliche Zukunft unserer bäuerlichen Betriebe.

Experten fordern Änderungen bei Spätabtreibungen

Eine Expertenanhörung der CDU/CSU-Fraktion hat deutlich gemacht, dass eine gesetzliche Änderung zu den sog. Spätabtreibungen dringend notwendig ist, um schwangeren Frauen zu helfen und Leben zu schützen. Derzeit berät der Bundestag einen entsprechenden Gruppenantrag, der maßgeblich von Abgeordneten der Unionsfraktion formuliert wurde. Die Experten waren sich einig, dass das derzeitige Beratungsangebot für Schwangere, die sich in besonderen Belastungssituationen befinden, welche zum Abbruch einer späten Schwangerschaft führen können, nicht immer ausreichend ist. Insbesondere die in dem Antrag enthaltene Mindestbedenkzeit von drei Tagen zwischen Diagnose und möglichem Schwangerschaftsabbruch sei wichtig, damit die Schwangere nicht im Schockzustand eine Entscheidung treffe.

Bessere Fürsorge für Soldaten

Gerade Auslandseinsätze stellen neue Herausforderungen für Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigte dar. Immer wieder kommt es dabei zu traumatisierenden Situationen, die zu einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) führen können. CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben nun eine Initiative gestartet, um die Betreuung der Betroffenen zu verbessern. Insbesondere sollen eine zentrale Ansprechstelle und ein spezielles Behandlungszentrum geschaffen werden.

Haftungsbeschränkung für Vereinsvorstände

Mit dem zur Debatte anstehenden Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen sollen die Haftungsrisiken auf ein zumutbares Maß begrenzt werden. Hierdurch wollen wir die ehrenamtliche Übernahme von Leitungsfunktionen in Vereinen fördern. So soll es künftig für Vorstandsmitglieder, die aufgrund der internen Aufgabenverteilung nicht für die Erfüllung steuerlicher Pflichten verantwortlich sind, keine Haftung mehr geben. Gleiches soll auch für Sozialversicherungsbeiträge gelten.